

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 23. September 2021

Selbständiger Antrag

**des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend Kassasturz beim Land Burgenland und
Einberufung eines Budget-Gipfels**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Kassasturz beim Land Burgenland und Einberufung eines Budget-Gipfels

Es vergeht derzeit kaum ein Tag, an dem nicht eine große, folgenreiche und teure Ankündigung des Landeshauptmannes getroffen wird. Die Prestigeprojekte der SPÖ-Alleinregierung wie der Bio-Wahn, der Mindestlohn und zahlreiche Neu- sowie Umgründungen von Landesgesellschaften müssen durch die Steuerzahlerin bzw. durch den Steuerzahler finanziert werden. In ausgegliederten Gesellschaften wie auch direkt im Land werden zahlreiche neue hochdotierte Posten geschaffen.

Trotz einem prognostizierten Schuldenberg von 470 Millionen Euro gönnt sich Landeshauptmann Doskozil einen voluminösen PR-Apparat. In der bisherigen Ära Doskozil wurden bereits 260 zusätzliche Mitarbeiter aufgenommen. Dadurch wird die Landesregierung zur teuersten Landesregierung aller Zeiten. Niemand, außer der SPÖ-Alleinregierung weiß derzeit, wie die tatsächliche finanzielle Situation des Landes aussieht.

Diese Maßnahmen des Landeshauptmannes und Finanzreferenten versetzen das Land Burgenland in einen Alarmzustand. Hier muss dringend gegengesteuert werden und vorausschauend geplant werden. Um jedoch vorausschauend planen zu können, braucht es dringend die Erhebung des Ist-Standes in Form eines Kassasturzes. Anschließend können konkrete Planungen in Form eines Budget-Gipfels erarbeitet werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Landeshauptmann und Finanzreferent wird aufgefordert, umgehend einen Kassasturz bei den Landesfinanzen durchzuführen. Nachdem ein konkretes Zahlenmaterial vorliegt, soll der Landeshauptmann unverzüglich zu einem Budget-Gipfel mit den im Landtag vertretenen Parteien, mit den Sozialpartnern und mit den verantwortlichen Regierungsmitgliedern einladen. Anschließend soll ein Finanzplan bis 2025 erstellt werden.